Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 45. Donnerstag / Freitag 19. / 20. April 1923.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die französisch-belgischen Beratungen in Paris haben ergeben, daß Frankreich auch weiterhin am Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 festhält.

* Das Reichskabinett hat beschlossen, von der Einführung der Sommerzeit in diesem Jahre Abstand zu nehmen.

* Die Rheinlandkommission hat an einem einzigen Tage 1236 neue Beamtenausweisungen vorgenommen. Es handelt sich dabei insbesondere um Eisenbahner.

* Bisher sind im Ruhrgebiet von den Franzosen und Belgiern insgesamt 170 Bahnhöfe besetzt worden.

* Der preußische Landtag eröffnete heute wieder seine Sitzungen.

* Die bayerische Regierung hat es abgelehnt, sich der Verhaftung der angeklagten nationalsozialistischen Redakteure zu widersetzen.

Das Echo.

Zu der großen Rede des Reichsaußenministers Dr. v. Rosenfeld im Reichstage wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Kaum jemals ist in der letzten Zeit eine Rede von deutscher verantwortlicher Stelle mit so großer Spannung erwartet worden, von der deutschen Presse so einmütig gelobt und von der Presse des Auslandes so entschieden kritisiert worden wie die programmatischen Ausführungen des Außenministers v. Rosenberg vom Montag. Das Urteil, das auf Grund dieses merkwürdigen Gegensatzes gefällt wird, muß deshalb wohl dahin lauten, daß der Minister gut, richtig und treffend gesprochen hat, und dieses Urteil trifft in der Tat ins Schwarze. Es spricht ganz unzweifelhaft für die Güte der Rosenbergschen Beweisführung, wenn die französische Hetzpresse aufs schlimmste enttäuscht ist und aus ihrem Ärger über diese Enttäuschung kein Hehl macht.

Es ist in unserer Lage Pflicht, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Deshalb ist prinzipiell festzustellen, daß die Entwicklung, die am 11. Januar, dem Tage des Ruhreinfalls, begann, durch bloße Worte, auch wenn sie vom Regierungstisch kommen, nicht zu fördern und zu beschleunigen ist. Im Gegenteil dürfte vielmehr durchaus zutreffen, wenn ein Pariser Blatt schreibt, die Rede Poincarés in Dünkirchen und die Rosenbergsche Rede zeige, daß beide Gegner zur Stunde in ihren Stellungen verharren und darauf warten, daß der andere das erste Zeichen von Schwäche erkennen läßt. Und trotzdem war die Rede des deutschen Außenministers ein Verdienst und eine Tat. Sie hat mit schlagender Bildkraft vor aller Welt dargetan, daß es nicht an Deutschland liegt und liegen wird, wenn wir und unsere Gegner nicht zu einer baldigen Verständigung über die Endlösung des Reparationsproblems gelangen. Der Minister hat sich zum Beweise dessen noch einmal ausdrücklich zu dem Hughesschen Plan der internationalen Finanzkommission bekannt. Er ging sogar noch weiter und erklärte, daß unser Pariser Vorschlag, in welchem wir 20 Milliarden fest und zwei weitere Raten von je 5 Milliarden nach Maßgabe der deutschen Leistungsfähigkeit zusagten, durch die gewaltigen Schäden der Ruhrbesetzung zwar überholt, aber doch immerhin geeignet erscheint, als Ausgangspunkt für die endgültige Lösung zu dienen. Aber Herr v. Rosenberg hat mit noch viel größerer Entschiedenheit und unwiderleglicher Überzeugungskraft noch einmal jene französische Schaukelpolitik entlarvt, die heute Reparation und morgen Sicherung fordert und damit doch immer nur die Raubgier, die Herrschsucht und die Vormachtbestrebungen des neuen militaristischen Frankreichs verhüllen will. Als Zeichen dafür wurde kein Geringerer als Wilson beschworen, der in seinen Memoiren mit beißender Ironie berichtet, wie der Marschall Foch mit einem militärischen, Herr Leon Bourgeois mit einem völkerbündlichen und die französische Schwerindustrie mit einem wirtschaftlichen Vernichtungsplan in Versailles auf dem Schauplatz erschienen seien und wie jeder immer die Lücke auszufüllen trachtete, die der andere etwa noch für irgendwelche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands gelassen haben konnte. In der deutschen Presse äußert zu der Rede des Herrn v. Rosenberg im Hinblick auf diese und andere sehr wertvolle Angaben nur der „Vorwärts" Bedenken. Das sozialistische Zentralorgan hätte gern einen neuen Vorschlag vernommen. Aber gerade die Rede des Sprechers der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei vom selben Tage, des Abgeordneten Müller-Franken, war besonders geeignet, diese Forderung zu widerlegen und vor allem auch gewisse französische Hoffnungen zu beseitigen, die gerade in der letzten Zeit dahin gingen, daß die deutschen Sozialdemokraten das Kabinett Cuno stürzen würden, weil dieses nicht „aktiv" genug sei. Auch Herr Müller-Franken verhüllte nämlich nicht, daß die Rede Poincarés in Dünkirchen zu einem neuen deutschen Vorschlage nicht ermutige.

Man kann es deshalb begreifen, daß die französische Presse im ganzen von diesen Einzelheiten nicht entzückt ist. Aber die Art, wie sich der Ärger Luft macht, ist nicht ohne Humor. Das Blatt Poincarés und der französischen Regierung, der „Petit Parisien" wettert nämlich in komischer moralistischer Empörung, Herr v. Rosenberg habe eine Rede von überraschender „Verantwortungslosigkeit" gehalten. Er habe die Verständigung gehemmt, und er hätte vor allem die Pflicht gehabt, einzugestehen, daß nicht der Ruhreinbruch Poincarés, sondern der deutsche passive Widerstand an allem schuld sei. Toller können die Dinge nicht auf den Kopf gestellt werden! Und besonders interessant ist, daß der französische Sozialist Hervé mit Front gegen Herrn Müller-Franken ausruft: Kein Mitleid mit den Deutschen, keine Schwäche! Wir müssen sie klein kriegen!

Ein besonderes Kapitel ist aber doch die englische Presse. Auch die markiert Enttäuschung, und der „Daily Telegraph" schreibt, Frankreich habe mit Recht erwarten dürfen, daß der deutsche Außenminister mindestens 40 Milliarden anbieten würde. Diese Summe hätte obendrein der englische Botschafter in Berlin der Reichsregierung als erforderlich nahegelegt. Wir wissen nicht, ob und was daran ist, daß Lord d'Abernon dergleichen geäußert haben soll. Aber wir wissen das eine, daß kein Satz der umfangreichen Rede des Herrn v. Rosenberg wahrer, richtiger und aktueller ist als seine Feststellung, daß jede Berechnung in der Luft schweben muß, weil heute noch kein Mensch weiß, was von dem Rest der deutschen Wirtschaft noch übrig sein wird, wenn die Franzosen endlich aus dem Ruhrgebiet wieder heraus sein werden.

*

Die deutsche Parteipresse zur Rede Rosenbergs.

Die deutschnationale Kreuzzeitung erklärt, der Weg, den französischen Heuchlern die Maske vom Gesicht zu reißen, sei erfolgreich beschritten, und die Deutsche Tageszeitung schreibt: „Dr. von Rosenberg hat in seiner durchweg glänzend formulierten, staatsmännischen und von warmem vaterländischen Gefühl durchglühten Rede vieles gesagt, was der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes aus dem Herzen gesprochen ist." Die volksparteiliche Deutsche Allg. Zeitung wünscht eine nähere Erklärung für den Satz, daß eine endgültige Lösung auch jetzt noch von dem Pariser Vorschlag ausgehen werde. Das Blatt meint, daß das Pariser Angebot vielleicht in gewissen technischen Modalitäten, niemals aber in seiner materiellen Höhe aufrechterhalten werden kann.

Das linksdemokratische Berliner Tageblatt stellt fest: „Jeder, der hören und sehen will, sieht hier ein klar umrissenes, wenn auch elastisches Verhandlungsprogramm Deutschlands." Die ebenfalls den Demokraten nahestehende Vossische Zeitung meint, eine Förderung der konkreten Verhandlungspolitik habe die Rede allerdings kaum bedeutet. Es habe ihr die diplomatische Note gefehlt. Der Vorwärts äußert den Wunsch, man möge trotz der Bedenken wegen der mangelnden Kenntnis von unserer Leistungsfähigkeit dennoch ein konkretes Angebot machen, denn eine genaue Abschätzung dessen, was wir leisten können, werde doch niemals möglich sein.

Allgemein ist die Zustimmung der Presse aller Parteien zu der Aufforderung des Ministers, im Falle des Scheiterns neuer Verhandlungen, den Abwehrkampf mit allen Kräften fortzusetzen.

Um das Londoner Ultimatum.

Frankreichs „Richtlinien".

In Paris haben die ersten vorbereitenden Beratungen über den französisch-belgischen Reparationsplan stattgefunden. Über die dort erörterten Richtlinien der französischen Regierung verlautet u. a.:

1. Die französische Regierung betrachtet den Londoner Plan vom 21. Mai 1921 als die Grundlage. Etwaige Zugeständnisse sind abhängig von dem Entgegenkommen der Engländer und Amerikaner für Frankreich und werden durch die Verrechnung der C-Bons realisiert.

2. Die Besetzung des Ruhrgebiets wird erst aufhören, wenn die deutschen Schulden vollständig bezahlt sind. Sie wird sich nach dem Maße der deutschen Zahlungen verringern.

3. Die Franzosen werden sich nicht mehr damit abgeben, die deutsche Finanzwirtschaft zu kontrollieren oder über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu diskutieren.

Nachdem im Ruhrgebiet und auf dem linken Rheinufer ein Organismus zur Erhebung von Steuern und zur Beschaffung von anderen Einnahmen geschaffen worden sei, werde Frankreich sich hier die Mittel zur Zahlung so lange verschaffen, wie die Zahlungen Deutschlands nicht ausreichen.

170 Bahnhöfe besetzt.

Die französische „Regie" im Ruhrgebiet.

Von den 206 Bahnhöfen des Ruhrgebiets sind im ganzen 170 von den Feinden besetzt. Auf 60 von diesen ruht der deutsche Betrieb, während die übrigen besetzten Bahnhöfe noch immer in deutschem Betrieb sind. Von den 60 der deutschen Betriebsleitung entzogenen Bahnhöfen werden 44 in mäßigem Zugverkehr von den Gegnern befahren, zehn liegen still, auf sechs ist der Betrieb infolge Besetzung angrenzender Strecken lahmgelegt.

Am Rande des besetzten Gebietes sind acht Kontrollstellen im Essener und vier im Elberfelder Bezirk eingerichtet. Im altbesetzten Gebiet versuchen die Franzosen, in den Personen- und Güterverkehr eine gewisse Regelmäßigkeit zu bringen. Ihre „Regie" hat eine Bekanntmachung im südlichen Bezirk anschlagen lassen, wonach sie den Reise- und Gepäckverkehr sowie die Beförderung von Eil- und Frachtgütern in Wagenladungen übernommen habe.

*

Neue Ausweisungsbefehle.

Die Franzosen haben die Bahnstrecke von Diez an abwärts in eigenen Betrieb genommen, sämtliche Anlagen der Bahnhöfe besetzt und das Personal von Diez vertrieben. Der deutsche Verkehr ruht somit auf der Strecke Limburg lahnabwärts und Diez—Langenschwalbach. In Flörsheim haben weitere 35 Eisenbahnbedienstete Ausweisungsbefehle erhalten, desgleichen in Rattersheim 15, in Mainz 29 und auf verschiedenen Stationen der Strecke Höchst—Idstein 12 Bedienstete.

Von der Besatzungsbehörde in Koblenz wurden an einem Tage 664 Eisenbahner ausgewiesen, hauptsächlich Bahnwärter, Weichensteller und sonstiges Stationspersonal, so u. a. 103 Eisenbahnbeamte aus Trier, 125 aus Ludwigshafen, 43 aus Kaiserslautern, 29 aus Godesberg, 35 aus Worms. Weitere Ausweisungen stehen bevor. Die Familien müssen binnen vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen.

Bayerns innerpolitische Lage.

s. München, 17. April.

Kürzlich konnten mehrere Fälle vor dem Staatsgerichtshof nicht verhandelt werden, weil die Angeklagten, Redakteur Eckart vom Völkischen Beobachter und Redakteur Weyer vom Miesbacher Anzeiger nicht erschienen waren. Darauf wurden Haft- bzw. Vorführungsbefehle gegen die Angeklagten erlassen. Nun setzten sich die in der nationalsozialistischen Bewegung tätigen Kräfte, vereinigt in der „Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Verbände" in Bewegung, verkündeten, daß sie die Autorität des Staatsgerichtshofes nicht anerkennen könnten. Sie erhoben Vorstellungen beim Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling und forderten, daß die bayerische Regierung die Haftbefehle des Staatsgerichtshofes in diesen und allen folgenden Fällen ablehne, ferner sofort beim Reichsrat den Antrag auf restlose Aufhebung der Republikschutzgesetze einbringen und für den Fall der Nichtannahme dieses Antrages die weitere Durchführung der Republikschutzgesetze in Bayern verweigern solle.

Bei dem Aufsehen, das diese Forderungen im Reiche wachriefen, führte der Ministerpräsident eine Stellung des Gesamtkabinetts herbei. Der einmütige Beschluß der bayerischen Staatsregierung ging dahin, daß die bayerische Staatsregierung nach Gesetz und Vertrag den Vollzug der Haftbefehle nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmachungen mit der Reichsregierung über die Republikschutzgesetzgebung und über die von Bayern beantragte Einsetzung eines eigenen süddeutschen Senats gebunden sei.

Gestern sprach abermals eine Abordnung der sog. Kampfverbände unter Teilnahme des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler beim Ministerpräsidenten vor. Der Abordnung wurde der Standpunkt der bayerischen Regierung bekanntgegeben, womit endgültig entschieden ist, daß die Regierung sich uneingeschränkt auf den Boden des geltenden Reichsrechts stellt. Die Regierung erklärte noch, was die Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik anlange, so liege dem Reichstag bereits ein Antrag vor, mit dessen Zielen die bayerische Regierung gemäß ihrer bisherigen Haltung zum Gesetz zum Schutz der Republik übereinstimme.

*

Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten.

Der Bayerische Kurier, das Organ der ausschlaggebenden Bayerischen Volkspartei, setzt sich in einem längeren Artikel mit den Nationalsozialisten auseinander. Deren Bestrebungen werden u. a. in der Arbeitsgemeinschaft von dem früheren Justizminister Dr. Roth im Kabinett Kahr unterstützt. Das Blatt sagt: „Es steht fest, daß die Mehrzahl der Leute, als deren Wortführer die Befürworter solcher Forderungen bei der Regierung aufgetreten sind, von der politischen Sinnlosigkeit und Verwerflichkeit eines solchen Vorgehens in dieser Zeit, wo das Reich um seine nationale Existenz kämpft, überzeugt sind. Der Widerhall dieser neuen Donquichotterien von ein paar Leuten, die das Schicksal des bayerischen Volkes in den Händen zu tragen vermeinten, wird diese wohl unterdessen auch ernüchtert und sie vielleicht belehrt haben, daß sie das Ansehen der nationalen Bewegung in und außerhalb Bayerns nicht gehoben haben."

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF